

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 19. Januar 1882.

Nr. 31

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 18. Januar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¹/₄ Uhr.

Am Ministertische: Finanzminister v. Bitter und mehrere Kommissare.

Nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten erteilt der Präsident dem Finanzminister v. Bitter zur Vorlegung des Staatshaushaltsetats für 1882—83 das Wort. Wenn er, so erklärt der Minister, bei dieser Vorlage auf die Verwaltung des nächst vorhergehenden Jahres zurückblicken dürfe, so sei es ihm eine Freude, mittheilen zu können, daß ein Defizit in diesem Jahre nicht eingetreten sei; es sei vielmehr ein nicht unerheblicher Ueberschuß zurückgeblieben, welcher für das nächste Rechnungsjahr reservirt worden sei. Dieser Ueberschuß berechne sich auf 28,862,845 M. An diesem erfreulichen Resultate seien besonders die Forstverwaltung, die Verwaltung der direkten Steuern, die Bergwerks-Verwaltung und die Eisenbahn-Verwaltung durch erhebliche Mehreinnahmen betheiligt, wogegen erhebliche Mindereinnahmen nur bei den indirekten Steuern und bei der Stempelverwaltung eingetreten seien.

Bei den außerordentlichen Ausgaben sei eine Ersparniß von rund 3 Millionen Mark eingetreten. Im Großen und Ganzen werde man das in Rede stehende Rechnungsjahr als ein befriedigendes bezeichnen können, um so mehr, als dasselbe keineswegs ein günstiges in Bezug auf die Ernte war, wodurch der Verkehr und Erwerb im hohen Grade in enge Grenzen eingeschlossen gewesen sei. In Bezug auf den gegenwärtigen Etat dürfe er aussprechen, daß ein wesentlicher Fortschritt und eine nicht zu verkennende Besserung der Finanzlage vorliege. Es handle sich dabei um ein Defizit von nicht ganz 5 Millionen bei einer Einnahme und Ausgabe von rund 940 Millionen Mark. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 939,806,617 M. ab, 26,736,901 M. höher, als der vorjährige. Das Extraordinarium beträgt rund 34 Millionen Mark und bleibt hinter dem Extraordinarium des vorigen Jahres um 6 Millionen Mark zurück.

Der Minister giebt nunmehr aus den einzelnen Titeln des Etats ein Bild desselben und fährt

dann fort: Man könnte ja der Meinung sein, daß, da der Etat mit einem geringen Defizit abschloß, die vorhandenen Mittel hätten dazu verwendet werden können, die Bilanz zwischen den Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Die Staatsregierung habe diese Frage in ernste Erwägung gezogen, aber geglaubt, davon absehen zu müssen, namentlich, weil bei Beratung des Verwendungsgesetzes sowohl von ihm (Redner), als von Seiten des Ministerpräsidenten mit großer Bestimmtheit ausgesprochen worden sei, daß die Ueberschüsse, welche aus dem Reiche an Preußen gelangen, in erster Linie nicht zu Staatszwecken, sondern zu Steuererleichterungen verwendet werden sollen. Die Staatsregierung habe aus diesem Grunde davon Abstand genommen, die Bilanz des Etats herzustellen, was sehr leicht gewesen wäre.

Der Minister geht alsdann auf die einzelnen Titel des Etats ein und theilt unter Anderem mit, daß die Matrifulanbeiträge für das laufende Etatsjahr auf 19,532,606 Mark festgesetzt seien. Beim Auswärtigen Amt befindet sich eine Mehrausgabe von 90,000 Mark, hervorgerufen durch die von der preussischen Regierung beschlossene Wiederaufnahme der Beziehungen zum päpstlichen Stuhl. Der Minister glaubt die finanzielle Situation als eine günstige bezeichnen zu können. Wenn nicht Alles habe erreicht werden können, was die Staatsregierung gern erreicht hätte, worunter vor Allem die Aufbesserung der Gehälter der Verwaltungsbeamten begriffen sei, so beruhe dies in der Erheblichkeit der Mittel, welche für diesen Zweck erforderlich seien, von mehr als 20 Millionen Mark. Er gebe indeß die Hoffnung nicht auf, daß es in nicht zu ferner Zeit möglich sein werde, für diese von der Staatsregierung lebhaft gewünschten Ausgaben die nötige Deckung zu finden. Er hege nach wie vor den Wunsch, daß der Staatsverwaltung aus den Reicheinnahmen Mittel zugeführt werden mögen, welche es ermöglichen, die Bedürfnisse des Landes nach allen Seiten hin zu befriedigen. Trotz großer Verwendungen und trotz der schweren Schwankungen der letzten Jahre befinden sich die preussischen Finanzen in fester Stetigkeit und Steigerung, so daß trotz vermehrter Ausgaben der Bevölkerung steigende Lasten nicht auferlegt zu werden brauchen. (Beifall rechts.)

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die nach Tag und Stunde zu bestimmen dem Prä-

sidenten überlassen bleibt, die aber jedenfalls nicht vor dem 25. d. M. stattfinden wird, steht die erste Lesung des Etats.

Schluß 12 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 18. Januar. Wie man hört, ist die Einstellung des Postens für einen Gesandten Preußens beim Papste in den preussischen Etat — und zwar im Betrage von 90,000 Mark — nur kurz, ohne näheres Eingehen auf die stattgehabten kirchenpolitischen Verhandlungen, damit motivirt, daß seit der Aufhebung der Reichsgesandtschaft beim Vatikan ein verständlicher Papst gewählt worden und daher der formelle Grund für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen fortgefallen sei.

Wie das „Berl. Tagebl.“ hört, ist hier ein großer Arbeiterwahlverein in der Bildung begriffen. Derselbe soll einen Mittelpunkt für alle berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes bilden, aber sowohl zu der Sozialdemokratie wie zu den Christlich-Sozialen in ausgesprochenem Gegensatz stehen.

Der „Kurjer Pznanaski“ veröffentlicht einen Nachweis über den Ausfall an Grund und Boden, den der polnische Adel in der Provinz Posen auch im Jahre 1881 wieder erlitten hat. Die Ergebnisse dieses Nachweises sind so wenig für die Polen erfreulich, daß das polnische Blatt ihn mit gutem Grunde eine „Trauerchronik“ nennt. Es sind nämlich im Wege des freiwilligen oder notwendigen Verkaufs aus deutschem Besitz in polnischen 16,438 Morgen, dagegen aus polnischem Besitz in deutschen 89,580 Morgen übergegangen; zieht man erstere Morgenzahl von letzterer ab, so ergibt dies einen Ausfall von 73,142 Morgen, welchen die polnischen Gutsbesitzer im Jahre 1881 an Grund und Boden im Großherzogthum Posen gehabt haben. Im Jahre 1878 betrug der Ausfall an Grund und Boden polnischerseits 37,756 Morgen, 1879 7,236 Morgen, 1880 8,897 Morgen, mithin in diesen drei Jahren zusammen 53,889 Morgen; nimmt man dazu den Ausfall des Jahres 1881 mit 73,142 Morgen, so haben die polnischen Gutsbesitzer in den letzten vier Jahren eine Einbuße von 127,031 Morgen gehabt. Man sieht, die Expropriation des polnischen Adels macht schnelle Fortschritte.

Die Verhaftungen von Verdächtigen, die sich politischer Vergehen schuldig gemacht haben sollen, nehmen in Rußland kein Ende. Man müßte demnach annehmen, daß die Kadres der Revolutionäre bereits stark gelichtet seien. Aus den Mittheilungen, die trotz der strengen Nachrichtenperre dennoch ab und zu in die Presse des Auslandes dringen, geht jedoch hervor, daß diese Annahme irrig ist, denn der Nihilismus soll neuerdings wieder weit kühner und bedrohlicher sein Haupt erheben als in den letzten Monaten. — Vor wenigen Tagen wurden sogar in einem tief im Herzen des Reichs gelegenen Ort am Don wieder Personen verhaftet, wie sie aufwiegende Proklamationen verteilten. Sie wurden selbstverständlich verhaftet und a telegraphischen Befehl nach Petersburg transportirt.

Auch in der Hauptstadt sind wieder neue Verhaftungen vorgenommen worden. So hat man u. A. kürzlich 15 Personen ergriffen, darunter drei Frauen, welche man seit dem April vorigen Jahres suchte; zwölf von ihnen hatten sich in einer Ziegelei an der Dösa versteckt. — Von diesen Verhafteten auf wirklich gegründete Verdachtsmomente hin ihrer Freiheit beraubt wurden, ist freilich eine andere Frage, deren Beantwortung unmöglich bleibt. Daß indeß viele Unschuldige den mitunter monatelangen Leiden des Gefängnisses preisgegeben sind, beweist eine Mittheilung der Wiener „Presse“, nach der die von dem General Tscherewin präsidirte Kommission zur Revision der Schulfrage der in Untersuchungshaft befindlichen Verdächtigen festgestellt haben soll, daß von 2300 Personen nur etwa der zehnte Theil wegen staatsgefährlicher Handlungen in Haft war. Weitere zwei Zehntel sind gemeiner Verbrechen angeklagte Leute, welche gerichtlich freigesprochen wurden, deren Schuld aber den Verwaltungsbehörden und der Prokuratur so evident schien, daß man sie nicht ohne Weiteres dem bürgerlichen Leben wiedergeben wollte. Wie es heißt, ist die Kommission und die Staatsanwaltschaft zu der Ueberzeugung von der unbedingten Schuld dieser Leute gelangt und sollen dieselben in Sibirien internirt werden. Von den übrig bleibenden 1600 Personen sind ungefähr 600 weiblichen Geschlechts, in Betreff welcher letzteren die Kommission den Beschluß faßte, dieselben sofort in Freiheit zu setzen, d. h. ihnen das Recht wieder zu verleihen, ihren Wohnort nach ihrem eigenen Belieben zu wählen. Einige von ihnen sollen übrigens für drei Jahre

Feuilleton.

Der Brand des Ringtheaters.

Gemalt von Josef Hoffmann.

„Wie sind Sie,“ frag ich den Künstler, den ich an der Treppe des Schönbrunnerhauses traf, „auf die Idee gerathen, dieses Bild zu schaffen?“ „Sie haben sich,“ antwortete der Maler, „Ihren Schmerz und Ihren Grimm weggeschrieben, ich habe mir ihn weggemalt.“ „Nun,“ entgegnete ich, „ganz fertig bin ich mit Beidem noch lange nicht.“ „Auch ich nicht,“ lautete die Antwort des Künstlers, „aber ich mußte es thun, es trieb mich mit nicht zu überwindender Gewalt dazu an, ich hatte keine ruhige Stunde, ich war die ganze Zeit über von Fieber geschüttelt. Ein Sensationsbild wollte ich nicht malen, das brauche ich nicht erst zu beschwören, auch keine Illustration liefern, ich wollte das künstlerische Moment hervorheben neben dem furchtbaren menschlichen, das Moment, daß ein schönes, architektonisches Werk jammervoll zu Grunde geht. Gehen Sie sich jetzt das Bild ansehen und antworten Sie mir, ob es mir gelungen, dieser künstlerischen Erwägung Ausdruck zu geben.“ Hier meine Antwort.

Zawohl. Josef Hoffmann hat als der tief-ernste Künstler, der er ist, ehrlich das Seine gethan, um im Beschauer, soweit es der Stoff zuläßt, einen künstlerischen Eindruck hervorzurufen. Aufrichtig gesagt, erscheint mir das zweite im Kunstverein aufgestellte Brandbild Hoffmann's, das Feuer von Außen darstellend, ungleich bedeutender, als dem ganz einfachen Grunde, weil darauf keine Menschen zu sehen sind. Wir blicken auf das, der Vernichtung preisgegebene Gebäude mit Weh und Leid, der hoch oben prangende Apollo, von Flammen umzingelt, erscheint uns als der Repräsentant der Kunst, die einen schweren Schlag empfängt durch

die Zerstörung eines artistischen Gebäudes, das ja dieses Theater trotz alledem war — sehen wir aber das zweite große Gemälde, auf dem uns der Brand des Innern vorgeführt wird, so kommen wir nur auf dem Wege eines langsam sich entwickelnden psychologischen Prozesses über den, alles Uebrige niederschlagenden Eindruck des Jammers um die hundert und aberhundert überflüssiger Weise um's Leben gekommenen Menschen hinweg. Das Bild hätte einen entschieden mehr künstlerischen Effekt hervorgerufen, wenn die Menschenmassen durch Rauch oder sonstwie verdeckt worden wären, wenn nur wenige Körper uns leise gemahnt hätten an die furchtbare erschütternde Katastrophe, da sie in uns Allen noch immer lebendig ist. Ich kann mir denken, welchen Einwurf mir hier der Maler machen könnte. Er wird mir sagen: dann wäre das Bild nur auf eine einseitige Wirkung berechnet, dann würde es nicht die Szene wiedergeben, wie sie sich abgespielt hat, nach den Berichten von Geretteten und Rettern (Letztere sind bekanntlich zu spät gekommen) und nach der Konstruktion der Phantasie. Ganz recht. Ich weiß wohl, daß es zum Ganzen notwendig war, auch den Menschenmühen ersichtlich zu machen, und ich weiß auch, daß der Künstler diesen Kampf ums Dasein möglich künstlerisch dargestellt hat, denn er brachte eine Reihe von rührenden Motiven in die Gruppe, wie sie sich nicht in dem Augenblicke haben entwickeln können, in dem das brennende Theater auf dem Bilde sich präsentirt. Als der Brand so weit vorgeschritten war, wie es auf dem Bilde zu sehen, da kniete keine Verzweifelte mehr nieder, um die Hilfe des Himmels zu ersuchen, da trug kein Mann mehr seine ohnmächtige Frau in den Armen davon — da waren sie Alle schon erstickt, Alle todt. Aber der Maler ist kein Epiker, der Thatfachen und Erscheinungen nach einander vortragen kann, er ist gezwungen, Alles in Einem Momente darzustellen, und so kommt es, daß Josef Hoffmann einzelne Gruppen auf dem Bilde in einer Weise gestellt hat, wie sie sich vielleicht

zehn Minuten vorher gestellt haben mochten. Daß es nicht mehr sieben Uhr ist, sondern halb acht, das beweist auch der Zusammensatz der vierten Galerie, von welcher brennende Menschen in die Tiefe stürzen. Haben sich unsere Augen an das Feuer gewöhnt, und sind wir über den Menschenmühen von Wahnsinnigen und Halbwahnsinnigen gestiegen, dann packt uns das Gemälde mit schauerlicher Gewalt. Ich habe in das brennende Innere hineingesehen und ich werde den Anblick zeitweilig ungeschwächt in der Erinnerung haften haben — das Bild zaubert wirklich den schrecklichen Anblick vor unser Auge: so hat es gebrannt. Darin feiert Josef Hoffmann einen künstlerischen Triumph. Ich stehe nicht an, offen zu bekennen, daß die nothdürftig zur Ruhe gekommenen Nerven durch dessen Bild wieder aufgestirmt wurden. Die Geschichte Mahe thut dabei ihr Uebriges; die helle Beleuchtung fördert das Lohende des Kolorits ganz außerordentlich, der Dekorationsmaler Josef Hoffmann hat dem Staffeleimaler Josef Hoffmann wirksam unter die Arme gegriffen. Vergessen wir nicht, daß Josef Hoffmann in der Dekorationsmalerei Großartiges geleistet: in unserer Wiener Oper und in dem Entwurfe zum „Ring des Nibelungen“ sind weithinleuchtende Belege dafür vorhanden. Das Bild im Kunstverein ist aber, nebenbei bemerkt, durchaus nicht mit dem Dekorationspinsel gemalt — es ist sorgfältigst ausgeführt und die Architektur darauf allein schon eine perspektivische Meisterleistung. So schnell wie ein Dekorationsmaler hat er freilich gemalt; das seine guten fünf Meter breite und hohe Bild ist in einer kurzen Reihe von Tagen und darangestrichelten Abenden gemalt worden. Die Erregung des Künstlers beflügelte die malende Hand. Wenn doch eine gleiche Eile herrschen wollte in Bezug auf die Begräbnung des traurigen Objektes der beiden Hoffmann'schen Bilder! Aber da lassen wir erst gestern, man lasse das Haus noch stehen, wiewohl aller Schutt bereits entfernt ist, weil möglicherweise eine landesgerichtliche Untersuchungskom-

mission noch einmal eine Besichtigung vornehmen könnte. Was soll denn eine Besichtigung der vier Mauern und der gepölzten Stiegen an neuem Materiale für die Untersuchung noch liefern? Das will uns nicht eingehen. Wenn in Amerika oder in Paris ein ähnliches Unglück geschehen wäre, hätte man in der Frist von fünf, sechs Wochen nach dem Geschehnisse das Gebäude längst dem Boden gleich gemacht; bei elektrischem Lichte hätte man sich beiläufig, Tabula rasa zu machen, um den Mitbürgern den Anblick aus den Augen zu schaffen — bei uns ist man glücklich am 14. Januar mit der Begräbnung des Schuttes fertig geworden. Und dieselbe unbegreifliche Langsamkeit macht sich breit bei der Verwendung der eingegangenen Hilfsgebel. Ganz Wien fragt sich tagtäglich: Wann erfahren wir denn endlich von den B. I. leitenden Herren ein Definitivum, was mit den Unterstützungsgeldern geschieht? Jeder, der in den schrecklichen Tagen nach dem achten Dezember hängig in die Tasche griff, um nur so rasch als möglich zur Vinderung des Glends und Jammers mit seinem Scherflein beizusteuern, hat ja sein Geld eben deshalb so schnell gegeben, damit es schnell in die Hände der Hilfsbedürftigen gelange — wir warten noch immer. Bedenkt man denn nicht, daß eine solche Saumlässigkeit erlappend wirken muß auf den Wohlthätigkeitsinn überhaupt? Wenn Josef Hoffmann's Bild nichts weiter erzielt, als daß jeder Besucher von neuem auferüttelt wird in seinem Zorne gegen die allgemeine Ringtheaterwirthschaft, so ist ein guter Zweck erreicht.

Der Besuch des Kunstvereins ist seit der Abend-Ausstellung der Hoffmann'schen Bilder ein so massenhafter, daß es den Anschein hat, ganz Wien wolle sich dieses künstlerische Demential des „furchtbaren Verfalls“ ansehen. Ganz Wien, dessen Herz noch heute schmerzlich zuckt, wenn nur das Wort „Ringtheater“ ausgesprochen wird! (Neues W. Ztbl.)

unter polizeiliche Aufsicht gestellt werden. — Die letzten 1000 Personen sind als politisch vollkommen unverbächtig erkannt worden und sind anerkanntermaßen Opfer der administrativen Willkür. — Diese Feststellungen sollen auf den Kaiser einen recht depressirenden Eindruck ausgeübt haben. — Daß übrigens General Scherevich, der dem allmächtigen Grafen Ignatieff weichen mußte, nicht in Ugnade gefallen ist, beweist seine soeben erfolgte Ernennung zum Generaladjutanten des Kaisers.

— Wie ein offizielles Telegramm aus Petersburg berichtet, bringt das ministerielle „Journal de St. Petersbourg“ an hervorragender Stelle einen Artikel über den Budgetbericht des Finanzministers an den Kaiser Alexander und spricht dabei den Wunsch aus, daß der Bericht mit der verdienten Aufmerksamkeit gewürdigt werde, weil das Schriftstück von der bemerkenswerthesten Bedeutung sei, gleichzeitig dem Minister zur größten Ehre gereiche und auf wichtige Punkte in der allgemeinen Politik des Kaisers helles Licht werfe.

Zunächst gehe aus dem Bericht der feste Wille hervor, die wirtschaftliche Lage des Reichs auf eine normale Basis zurückzuführen, welche bekanntlich durch die Folgen des letzten Krieges und durch einige schlechte Ernten erschüttert worden sei, die sich aber in Folge der glänzenden vorjährigen Ernte und der beträchtlichen Einnahmen im zweiten Semester des letzten Jahres bereits wieder auf dem Wege guter Besserung befinde. Außerdem sei, wie der Bericht des Ministers konstatirt, die Rückkehr zu einer normalen Finanzlage theilweise schon erreicht, sie werde mehr erreicht werden durch beträchtliche Ersparnisse bei verschiedenen Ausgabezweigen, namentlich bei dem Kriegsministerium schon jetzt eine Ersparnis von 23 Millionen erzielt, weitere Reduktionen seien angedacht. Eine Vermehrung der Ausgaben werde eintreten für produktive Zwecke. Besondere Aufmerksamkeit sei den außerordentlichen Krediten gewidmet, welche — wie der Bericht wörtlich sagt — nur zu produktiven Ausgaben dienen sollten und Dank der Friedenspolitik des Kaisers könne dieses Resultat ohne besondere Schwierigkeit erreicht werden. Die so präzis und fest dargelegten Prinzipien berechtigten den Finanzminister, es durchaus auszusprechen, daß das Defizit verschwinden werde mit der ungünstigen dasselbe bedingenden Verhältnissen, auch strenge Sparsamkeit in allen Verwaltungszweigen und Reduktion der Ausgaben für das Heer. Außerdem seien durch eine Steuerreform die Einnahmen vermehrt werden. Der Finanzminister halte jedoch mit erfreulichster Thätigkeit an der vor einem Jahre dekretirten Verminderung der schwebenden Schuld durch jährliche Vernichtung von 50 Millionen Kreditbills bis zum Betrage von 400 Millionen fest. „Diese Verpflichtung, sagt der Minister, soll heilig gehalten und erfüllt werden.“ Der Minister zeige zugleich, daß die von der Regierung für die Kursaufbesserung gemachten Ausgaben nicht als unproduktiv betrachtet werden könnten. Das ministerielle „Journal de St. Petersbourg“ begrüßt diese mit so viel Bestimmtheit gegebene Erklärung auf das Freudigste und sagt schließlich, die in dem Schlußpassus des ministeriellen Berichts projektirten und ergriffenen Maßregeln für die Ordnung der Finanzen könnten nur dauernden Erfolg haben, wenn die Ausführung derselben mit Eifer durchgeführt werde. Rußland könne sich in wenigen Jahren von dem Defizit befreien; aber nur diejenige Regierung, welche niemals von den Fundamentalphinanzprinzipien der Staatswirtschaft, nämlich einer gerechten Vertheilung der Steuern, der Sparsamkeit und Ordnung in den Ausgaben abweiche, könne die Entwicklung der politischen und finanziellen Macht eines Landes sichern, indem sie dieselbe auf das ununterbrochene Wachsen des Volkswohls gründe.“

— Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Oesterreich steht wieder einmal vor der traurigen Aufgabe, in Dalmatien einen blutigen Aufstand mit dem Aufgebot größerer Truppenmassen niederschlagen zu müssen. Die Umwohner der Bocche die Cattaro gehören zu den halbwildem südslawischen Völkern, welche in ihrem urwüchsigen Freiheitsdrange sich an geregelte staatliche Verhältnisse nicht gewöhnen können. Die rauhen Berglandschaften bieten ihnen hinreichenden Schutz gegen Verfolgungen und ihre Stammesgenossen jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle gewähren ihnen zu jeder Zeit ein gastfreies Asyl, wenn der österreichische Soldat ihnen auf den Fersen ist. Die Versuche, die Boschen, Crivoschianer, Zupaner und wie die einzelnen Stämme heißen, dem allgemeinen Wehrgesetz zu unterwerfen, haben immer zu blutigen Erhebungen wider die Staatsgewalt geführt und die letztere hat dabei stets militärische und moralische Niederlagen erlitten. Als im Jahre 1869 das Landwehrgesetz auch auf Dalmatien ausgedehnt werden sollte, erhoben die Bergbewohner zunächst dagegen Protest, als derselbe wirkungslos blieb, griffen sie zu den Waffen. Die Regierung sandte eine vollständige Schiffsflotte und 18 Bataillone nach Cattaro, aber die militärischen Operationen führten nicht zum Ziel; die Boschen fanden bei den Montenegro, Herzogowen und Bosniaken lebhafteste Unterstützung, so daß Graf Beust sich entschließen mußte, mit der Türkei eine Konvention beizugehen gemeinsamer Operationen gegen die Insurgenten in Dalmatien abzuschließen. Da man einfach, militärisch nichts erreichen zu können, gab man dem Rathe des neuen Militärkommandanten von Rodich Gehör und bot den Aufständischen Gnade an, welche diese sich beeilten anzunehmen, umso mehr als ihrem Verlangen nach Befreiung des neuen Landwehrgesetzes für Dalmatien entsprochen wurde. Die Unterwerfung der Insurgenten, die Ablieferung der Waffen u. s. w. war eine reine Komödie, was man in Wien auch anerkannte. „Nicht die Crivoschianer sind von Oesterreich, sondern Oesterreich ist von den Crivoschianern amnestirt worden“, so

hieß es damals. Kaum hatten die Aufständischen ihre Waffen zurückgelassen, nahmen sie auch wieder die alte herausfordernde Haltung ein. Im dalmatinischen Landtage erhielten die Nationalen die Mehrheit und verlangten die Trennung Dalmatiens von Oesterreich und Verbindung desselben mit Kroatien und Slavonien, um „den alten politischen Nerus“ wiederherzustellen. Als auch die Nationalen bei den Wahlen den Sieg davontrugen und fünf der Ihrigen nach Wien entsandten — da klagte man in der Hauptstadt, „daß Dalmatien für die cisleithanische Reichshälfte als verloren angesehen werden könne“.

Der 1875 zum Ausbruch gekommene Aufstand in der Herzogowina fand bei den Dalmatinern die herzlichste Theilnahme und thatkräftigste Unterstützung. Im Frühjahr 1875 hatte Kaiser Franz Josef Dalmatien besucht, und als in Moser im Juni die Fahne des Aufstands gegen die Türkenherrschaft entfaltet wurde, zeigte sie die österreichischen Farben. Die Herzogowen waren von ihren Landsleuten in Dalmatien mit der Versicherung zum Aufstand ermutigt worden, daß der Kaiser von Oesterreich sich ihrer annehmen und sie an den Kaiserstaat fallen würden. An den Kämpfen gegen die Türken in den Jahren 1876—78 nahm so mancher dalmatinische Ueberläufer Theil und die kaiserlichen Behörden hatten Mühe, Massenübertritte nach Montenegro zu verhindern. Die Okkupation Bosniens und der Herzogowina durch Oesterreich wurde von den Dalmatinern mit Freuden begrüßt, als jedoch das österreichische Wehrgesetz auch auf die okkupirten Länder ausgedehnt werden und die Boschen sich nunmehr ebenfalls in die neue Landwehrordnung fügen sollten, erhoben sie abermals Widerstand. Anfangs legte die Regierung in Wien demselben keine Bedeutung bei. Inzwischen haben die Crivoschianer, Zupaner u. s. w. wieder zu den Waffen gegriffen und bieten den kaiserlichen Truppen von Neuem die Stirn. Vielleicht würden sie sich diesmal gefügt haben, aber die Mißstimmung, welche über das österreichische Wehrgesetz in der Herzogowina herrscht, hat die Dalmatiner zur Auflehnung ermutigt; sie rechnen auf Zuzug der Herzogowen und Montenegro und glauben schlimmstenfalls der kaiserlichen Gnade jetzt ebenso sicher zu sein, wie vor zwölf Jahren. Fürst Nicolaus von Montenegro, der gern die ihm obliegende Pflicht der Neutralität gegen Oesterreich erfüllen möchte, steht, wie schon 1869, der wilden Neigung seiner Unterthanen zur Theilnahme am Kampfe ohnmächtig gegenüber. Die österreichische Regierung dürfte, wenn anders es ihr diesmal Ernst damit ist, die aufständischen Dalmatiner zu züchtigen und zu unterwerfen, nicht umhin können, von Montenegro zu verlangen, daß den österreichischen Truppen, um die Crivoschianer in den Rücken zu nehmen, der freie Durchmarsch durch das Fürstenthum gestattet werde. Fürst Nicolaus setzt indeß, wenn er diesem Verlangen nachgiebt, seinen Thron auf Spiel.

— Wie ein Londoner Telegramm dem „Berl. Tagebl.“ meldet, wurde bereits gestern von allen Kanzeln in vernichtendster Weise gegen die russischen Gräueltaten gepredigt und die Niedertracht der russischen Behörden, sowie des russischen Volkes gebrandmarkt. Allen voran in der Beurtheilung stehen gerade die einstigen Vertheidiger Rußlands, wie z. B. der Bischof von Oxford, welcher ausdrücklich heute erklärt: er widerrufe alle seine früheren Lobspprüche auf Rußland, und er erkläre ebenso öffentlich heute die Schandthaten des russischen Volkes für die niederträchtigsten, welche jemals in dunkelsten Jahrhunderten verübt wurden. Es seien Schandlichkeiten, denen die Herrscher Rußlands ruhig zusahen, und gegen welche das englische Volk protestiren müsse.

— In der preussischen Armee feiern das fünfzigjährige Dienstjubiläum im Laufe des Jahres 1882 von den aktiven Generalen: General der Infanterie Freiherr Neubronn v. Eichenburg, General-Adjutant des Großherzogs von Baden, und General der Kavallerie Graf von der Goltz, General-Adjutant des Kaisers.

Ausland.

Newyork 14. Januar. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich gestern Abend auf der Hudson River Eisenbahn. Der Zug, welcher die Mitglieder der Staatslegislatur von Albany nach New-York führte, stieß bei Spuyten Dyvil Creek, einer Vorstadt von Newyork, mit einem Lokalzuge zusammen. Die Lokomotive des Lokalzuges bohrte sich in zwei Wagner-Palace-Waggons hinein, welche vollständig zertrümmert wurden und in Brand geriethen. Die Zahl der Getödteten wird auf acht bis zwölf geschätzt, worunter sich Mr. Wagner, ein Mitglied des Staatssenats und der Eigentümer der Palace Waggons, befindet. Vier durch Brandwunden fürchterlich entstellte Leichen wurden aus den Trümmern des Zuges hervorgezogen und mehrere andere werden noch vermist. Unter den Verletzten befinden sich mehrere Mitglieder der Legislatur. Eine später ausgegebene Depesche lautet: Es ist nunmehr ermittelt worden, daß acht Personen bei der Katastrophe auf der Hudson River Eisenbahn verbrannten. Eine andere Person ist seitdem an ihren Brandwunden gestorben. Etwa zwölf Passagiere wurden verletzt, aber keiner derselben lebensgefährlich.

Eine Depesche aus Galvestone (Texas) meldet, daß daselbst eine große Feuersbrunst stattgefunden, durch welche Schaden im Betrage von einer Million Dollars angerichtet worden.

Washington, 14. Januar. Gleich nach Eröffnung der heutigen Verhandlung in dem Prozeß gegen Guiteau verkündete der präsidirende Richter, daß, obwohl er nur ungern dem Angeklagten die Gelegenheit entziehen möchte, dem Gerichtshof vollständige Argumente zu unterbreiten, er ihm doch nicht erlauben könne, zu seiner Vertheidigung das

Wort zu ergreifen, da er fürchte, er dürfe eine solche Vergünstigung mißbrauchen. Er wolle indeß seinem Vertheidiger gestatten, aus seinem (Guiteaus) Manuscript irgend etwas vorzulesen, was nach dem Ermessen des Gerichtshofes den Geschworenen unterbreitet werden sollte. Guiteau erhob Einspruch gegen diese Entscheidung und hielt eine Tirade, welche der Präsident unbeachtet ließ. Mr. Reed begann sodann seine Vertheidigungsrede, in welcher er den Nachweis zu führen suchte, daß der Angeklagte nicht bei gesundem Verstande sei. Guiteau unterbrach seinen Vertheidiger und bestritt verschiedene seiner Bemerkungen. Guiteau hat, da der Gerichtshof sich geweigert, ihm zu gestatten, eine Ansprache an die Geschworenen zu seiner Vertheidigung zu halten, Abschriften seiner von ihm vorbereiteten Vertheidigungsrede den Zeitungen übermittelt. Es ist eine lange Tirade, in welcher er seine im Laufe des Prozesses abgegebenen Erklärungen, daß er unter göttlicher Eingebung gehandelt, wiederholt, und die Jurisdiktion des Gerichtshofes anspricht.

Provinzielles.

Stettin, 19. Januar. Anläßlich eines auf dem Stettiner Bahnhofe zu Berlin am 2. d. stattgehabten Unfalls, dadurch hervorgerufen, daß ein Passagier in einen bereits in Gang gefetzten Nordbahn-Personenzug einzusteigen versuchte, hierbei stürzte und tödtlich verletzt wurde, warnt das königliche Eisenbahn-Betriebsamt Berlin das Publikum wiederholt vor dem Besteigen im Gange befindlicher Züge und weist darauf hin, daß die Stationsbeamten streng angewiesen sind, Zuwiderhandelnde zur Bestrafung anzuzeigen. Der Bestrafung unterliegt ferner auch die Hilfeleistung beim Einsteigen in einen in Bewegung gesetzten Zug, ingleichen das eigenmächtige Öffnen der Wagenthüren oder Aussteigen, während der Zug sich noch in Bewegung befindet.

Gegen Schuppen der Kopfhaut, eine der häufigsten Ursachen des Ausfallens der Haare, wird zumeist das Waschen mit Honigwasser empfohlen; ein französischer Arzt empfiehlt dagegen als sicherstes Mittel eine 5prozentige Chlorallösung (5 Gramm Chloral in 100 Gramm Wasser gelöst). Ein Esslöffel voll von dieser Lösung wird erwärmt und mit einem reinen Schwämmchen leicht auf die Kopfhaut eingerieben; es entsteht hierauf 1—2 Minuten andauerndes Brennen und Rötze der Haut; das Verfahren soll täglich Morgens wiederholt werden. Nach vierwöchentlichem Gebrauche dieses Mittels erfolgt Heilung und neuer Haarwuchs.

Zwischen den Familien Hameister und Brandt zu Barmen bei Fallennalbe herrscht seit langer Zeit eine erbitterte Feindschaft, trotzdem beide Familien in verwandtschaftlicher Verbindung stehen. Am 4. Mai 1880 trafen beide Familien auf dem Felde zusammen und es entspann sich bald eine blutige Schlägerei, bei welcher beide Theile Verletzungen davontrugen. Die Folge davon war, daß gegen den Strafantrag gestellt wurde und gegen die Glieder beider Familien die Anklage wegen Körperverletzung erhoben wurde. In der Sitzung des Schöffengerichts vom 29. Juli v. J. bestritten deshalb der Knecht Albert Hameister und dessen Schwester Auguste, ferner der Eigenthümer Gottfr. Brandt, dessen Frau Henriette, geb. Hameister, und deren Stiefkinder, der Knecht Karl Wendt und dessen Schwester Louise die Angeklagten; sie wurden sämtlich für schuldig befunden und Auguste Hameister und Gottfr. Brandt zu 3 Monaten, die Uebrigen zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt. Gegen dieses Erkenntnis hatten die Angeklagten rechtzeitig Berufung eingelegt und war in der gestrigen Sitzung der Strafkammer des Landgerichts als Berufungsinstanz wiederum Termin anberaumt. Da bei dem erstrichtlichen Erkenntnis die Gründe für dasselbe nicht angegeben waren, auch die Beweisaufnahme nur sehr mangelhafte Belastungsbeweise ergeben hatte, beantragte der Vertheidiger der Brandtschen Familie, sowie der Herr Staatsanwalt Aufhebung des ersten Erkenntnisses und Verweisung der Sache zur nochmaligen Verhandlung vor das Schöffengericht. Der Gerichtshof erkannte auch auf Aufhebung des ersten Urtheils, sprach jedoch die Angeklagten, mit Ausnahme der verehel. Frau Brandt und des Knechtes Karl Wendt, frei, diese wurden zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Bei der Familienschlägerei waren unparteiische Zeugen nicht anwesend, die Angeklagten bestritten sich gegenseitig und hätte eine nochmalige Verhandlung vor dem Schöffengericht auch keine genügende Aufklärung des Sachverhalts bringen können.

Der seit herige unbeforderte Beigeordnete der Stadt Grabow a. D., Rentier Wilhelm Jentzsch, ist, der von der Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, für eine weitere sechsjährige Amtsdauer als unbefordeter Beigeordneter der genannten Stadt bestätigt.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Lohengrin.“ Oper 3 Akte. Bellevue: „Bummelsüß.“ Volksstück 6 Bilder.

Hr. Hedwig Rolandt erklärt, daß von einer Klage gegen sie, von der verschiedene Blätter meldeten, weder ihr, noch den Wiesbadener Gerichten etwas bekannt sei und behauptet deshalb, daß die in der bezüglichen Notiz enthaltenen Behauptungen „durchweg unwahr“ seien. Erläutert wird diese Erklärung durch folgende Benachrichtigung des Rechtsanwalts des angeblichen Klägers. Er sagt: „Es ist ein Irrthum, daß Hr. Hedwig Rolandt von dem Impresario Maurice Strafoß wegen Kontraktbruchs verklagt worden ist. Vorerst habe ich, als Vertreter des Herrn Strafoß, der genannten Dame

nur die Forderungen desselben gegen sie mitgetheilt und ihr für den Weigerungsfall Klage in Aussicht gestellt.“

Bermischtes.

(Wie der Reporter sich ausredet.) Ein Reporter, der kürzlich von einer Redaktion darüber zur Verantwortung gezogen worden war, daß er in seinem Bericht eine Versammlung „groß und respektabel“ genannt habe, die außer von ihm selber thatsächlich nur noch von einer einzigen anderen Person besucht gewesen war, bestand in seiner Entschuldigung darauf, daß gerade diese Angabe seines Berichtes buchstäblich wahr gewesen sei. „Denn, meine Herren“, sagt er, „ich selber bin, wie Sie ja sehen und wissen, groß, und der andere Anwesende war respektabel.“

(Noch ein Zeitgenosse Napoleons I.) Am 12. d. Mts. beging der Rentier J. J. Thomas in Boppard seinen 86. Geburtstag. Dieser noch immer sehr rüstige alte Herr war im Jahre 1866 mit Sir Hudson Lowe, dem neuen Gouverneur von St. Helena, als Beamter nach dieser fernen Insel gekommen, woselbst er über ein Jahr blieb. Seinen näheren Bekannten hat er öfter von seinen Erlebnissen auf St. Helena erzählt, namentlich wie er, die Wichtigkeit der Sache nicht ahnend, ein ihm von einem französischen Grafen übergebenes, an den General Bertrand adressirtes Paket mit Depeschen trotz aller strengster Bewachung ganz unbefangen an seine Adresse abließerte und bei dieser Gelegenheit auch den gefangenen Napoleon sah und sprach. Wie wir übrigens hören, beabsichtigt Herr Thomas, die längst fertig gestellte Beschreibung seiner Erlebnisse auf St. Helena demnächst zu veröffentlichen.

Bei Remiremont scheint eine Familie an der furen Idee zu leiden, Eisenbahnzüge zum Entgleisen zu bringen. Vor etwa drei Monaten wurden zwei Geschwister dabei abgefaßt, wie sie Steine auf die Bahnschienen legten. Da beide noch Kinder waren, wurden sie einer Besserungsanstalt überwiesen. Die Versuche, an derselben Stelle denselben Zug zum Entgleisen zu bringen, dauerten aber fort, und der unausgesetzte Aufmerksamkeit der Gendarmen ist es jetzt gelungen, in der Person der Mutter jener beider Kinder die Schuldige zu entdecken. Man begreift nicht, welche Gründe sie bewogen haben können, das Verbrechen ihrer Kinder fortzusetzen.

(Seltsame Todesart.) In Zygau im Kreuzburger Kreise betrat vor einigen Tagen die Frau eines Stellmachers, welche beim Melken von einer schon gewordenen Kuh gestochen war, mit blutendem Kopfe die Wohnstube und wurde sofort von ihren zehn Kindern umringt, welche die Wunde sehen und der blutenden Mutter helfen wollten. Dabei stellte sich eine achtsjährige Tochter auf den Stuhl um besser sehen zu können, glitt aber aus und fiel, ohne daß es die anderen um die Mutter Beschäftigten merkten, auf die glühenden Platten des Kochofens. Das Kind muß vor Schreck sofort die Besinnung verloren haben, denn es gab keinen Ton von sich, und erst der brennliche Geruch machte Mutter und Geschwister auf das geschehene Unglück aufmerksam. Zwar kam das durch Brandwunden entseßlich entstellte Kind noch wieder zum Bewußtsein, aber es starb nach wenigen Stunden.

(Sport.) Eine interessante Fahrt haben einige Herren vom Richmonder Ruderklub zurückgelegt. Wie der Beschreibung Mr. Green's, eines der Theilnehmer an der Partie, zu entnehmen ist, fuhren vier Herren zu Rahn zuerst von Ulm nach Linz und, nachdem ihr kleines Fahrzeug von da per Bahn nach Budweis in Böhmen befördert worden, auf der Moldau und Elbe bis nach Hamburg. Die Fahrt durch die Schleusen der vielen Wasserwehren und durch die berücktigten Stromschnellen der Moldau war mit vielen Gefahren verbunden und bei St. Ivan ging es den lühnen Reisenden ziemlich nahe ans Leben. Trotz aller Gefahren und Abenteuer wurde jedoch die ganze Tour von mehr als 1000 Meilen glücklich zurückgelegt. Mr. Green giebt in der „Richmond und Twickenham Times“ eine sehr anmuthige Schilderung der Reise und ist des Lobes voll über die den Engländern in Böhmen und Deutschland erwiesene Gastfreundschaft sowie über die Natur Schönheiten an den malerischen Ufern der befahrenen Ströme.

Telegraphische Depeschen.

Haag, 18. Januar. Das „Dagblad“ tritt formell auf Grund zuverlässigster Mittheilungen dem von Berliner Blättern verbreiteten Gerüchte entgegen, als ob die Beziehungen zwischen Deutschland und Holland im Augenblicke weniger herzliche seien.

Paris, 17. Januar. In der Revisionsfrage nichts Neues, jedoch ist eine gewisse Abspannung und ruhigere Beurtheilung im Allgemeinen unverkennbar. Mehrere bis dahin oppositionelle Blätter schwanken bereits um. Die Opposition scheint sich jetzt auf das Gegenprojekt einer vollständigen Revision der Verfassung konzentriren zu wollen. Der schließliche Sieg Gambettas und das Durchbringen des List-Strutiniums ist mehr und mehr wahrscheinlich.

Rom, 17. Januar. Die Nachrichten von der erfolgten Abreise des diesseitigen Botschafters, Grafen Corti, von Konstantinopel werden von der „Agenzia Stefani“ als unbegründet bezeichnet, Graf Corti befindet sich noch in Konstantinopel.

London, 17. Januar. Aus Zanzibar erhielt das auswärtige Amt die Meldung, daß einige Araber, welche den Kapitän des englischen Schiffes „London“ ermordeten, als derselbe auf Verfolgung eines Sklavenschiffes war, zum Tode verurtheilt und hingerichtet sind.